

Medienmitteilung

vom 11.05.2026

Rücktritt von Carmen Kaufmann als Gemeinderätin von Triengen

Seit September 2020 gehört Carmen Kaufmann dem Gemeinderat Triengen an – nach sechs Jahren im Amt hat sie ihre Demission eingereicht und ist per 10. Mai 2026 aus dem Gemeinderat zurückgetreten.

Carmen Kaufmann hat sich dazu entschieden, ihr Amt als Gemeinderätin per 10. Mai 2026 niederzulegen. Ihre Demission nahm der Gemeinderat an seiner Sitzung vom 7. Mai 2026 entgegen.

Carmen Kaufmann wurde im Juni 2020 in den Gemeinderat gewählt und trat ihr Amt – mitten in der Coronazeit – am 1. September 2020 an. Bis am 31. Juli 2023 hatte sie das Ressort Finanzen und Immobilien inne und ab 1. August 2023 stand sie dem Ressort Bildung vor. Ihre Demission erfolgte aus persönlichen Gründen.

Der Gemeinderat nimmt den Rücktritt mit Bedauern zur Kenntnis. In ihrer Funktion als Ressortleiterin Finanzen und Immobilien sowie Bildung war sie massgeblich für die Weiterentwicklung verschiedener Projekte verantwortlich. Als ein zentrales Projekt während ihrer Amtszeit darf bestimmt das NRP-Projekt «Dorfkernentwicklung» erwähnt werden, welches sie als Projektleiterin in den Jahren 2022 bis 2024 erfolgreich geleitet hatte. Ende 2024 wurde das Projekt vom Kanton positiv gewürdigt. Was sicherlich auch in Erinnerung bleiben wird, ist der Besuch von Alt-Bundesrat Adolf Ogi im Oktober 2022, welcher von Carmen Kaufmann organisiert wurde.

In enger Zusammenarbeit mit der Bildungskommission und der Schulleitung unterstützte und begleitete sie das Projekt „Schule für alle“ mit gezielt ausgewählten Bausteinen. Zudem trug sie wesentlich zur erfolgreichen Neubesetzung der Rektoratsstelle per Sommer 2026 bei.

Der Gemeinderat Triengen dankt Carmen Kaufmann für die angenehme Zusammenarbeit sowie ihre engagierte Arbeit. Er wünscht ihr für ihre Zukunft gute Gesundheit, Zeit für Neues und viel Erfüllung in ihren zukünftigen Tätigkeiten.

Der Gemeinderat hat den Termin für die Ersatzwahl – unter Vorbehalt einer stillen Wahl – auf Sonntag, den 27. September 2026 festgelegt. Die Anordnung mit Wahlvorschlag wird fristgerecht veröffentlicht.